



Europa-Union Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg

G l o b a l i s i e r u n g

Diskussionspapier

vorgelegt von Dietrich Walz, KV Ortenau

I. Die Widersprüche unserer globalen Welt und unsere Herausforderung zur politischen Gestaltung

Der Fortschritt in Wissenschaft und Technik hat es den Menschen erlaubt, sich die gesamte Welt zu unterwerfen. Es beginnt mit den Überseefahrten der Portugiesen und Spanier, die zur Entdeckung Amerikas (Columbus) führen (1492), und mit der Erdumseglung Magellans (1519-1521) zur Bestätigung, dass die Erde eine Kugel ist (Martin Behaim und sein erster Globus). (Von diesem Begriff Globus = Kugel leitet sich der Begriff Globalisierung ab.) Es folgt die Zeit der Erschließung unserer Erde durch europäische Kolonisatoren. Es ist die Zeit der weltweiten Kolonisation unseres Globus, die im Zeitalter des Imperialismus (1880-1918/45) mit dem Wettlauf um die Aufteilung der letzten weißen Flecken auf unserer Erde ihren vorläufigen Abschluss fand. Parallel dazu verläuft die Entwicklung des europäischen Frühkapitalismus, ausgehend vom Italien der Medici zum Deutschland der Fugger (15./16. Jhd.) bis zum Hochkapitalismus der europäischen Industriestaaten und Amerikas im 19. Jahrhundert. Der I. und II. Weltkrieg sind zwei Hegemonialkriege, die zwischen den europäischen Nationen um die Weltherrschaft ausgetragen wurden.

Mit der Raumfahrt hat der Mensch begonnen in ersten Schritten unser Planetensystem zu erkunden. Die erfolgreiche Landung auf dem Mond (1969) war ein erster Schritt. Die Erkundung der Planeten unseres Planetensystems durch unbemannte Satelliten und das dichte Netz der Satelliten um unsere Erde zur Nachrichtenübertragung und wissenschaftlichen Erforschung unserer Erde sind weitere Schritte.

Für die hochentwickelten Industrieländer ist ein Wohlstand und Lebensniveau erreicht worden, das frühere Generationen als Schlaraffenland bezeichnet hätten. Es gibt dabei durchaus Annäherungen an die Utopie einer klassenlosen Überflussgesellschaft, wie sie von Karl Marx für die hochentwickelten Industrieländer in seinen Frühschriften entwickelt wurde. Die gewaltigen Fortschritte in den verschiedenen Bereichen erweisen sich aber für den Menschen als durchaus zwiespältig, da er nicht sicher ist, dass er den wissenschaftlich-technischen Fortschritt immer zu seinem Vorteil und zur Bewahrung der Schöpfung beherrschen kann.

Wir leben heute in der Wirklichkeit der „einen Welt“ (one world / Franklin Delano Roosevelt), haben darüber aber hinaus keine weißen Flecken mehr auf unserer Landkarte, die es noch zu entdecken gilt oder noch zu erschließen wären. Selbst die unbewohnbaren Polkappen (Nord- und Südpol) sind heute für den Menschen leicht erreichbar.

Heute leben 6 Mrd. Menschen auf unserem Erdball, 1900 waren es 1 ½ Mrd., 2050 werden es 9 Mrd. sein. Alle Menschen werden auf unserem Raumschiff Erde ihren Platz und ihr Auskommen finden müssen.

Die natürlichen Ressourcen, denen wir unseren gesellschaftlichen Wohlstand verdanken, erschöpfen sich (Kohle, Öl, Gas, Uran, Edelmetalle). Regenerative Energien und Recycling oder völlig neuartige Formen der Energiegewinnung müssen entsprechend erst entwickelt werden. Unsere Existenz, unser Wohlbefinden ist abhängig von sauberer Luft, sauberem Wasser und unvergifteten Böden.

Wissenschaft und Technik haben es dem Menschen ermöglicht, sich die Natur zu unterwerfen. Die Atomkraft, die Raumfahrt, die Informations- und Nachrichtentechnik führen uns an die Grenzen der Naturbeherrschung. Der Mensch hat sich auch mit der Bio- und Gentechnik und den Erkenntnissen der modernen Medizin zum Herrn über das Leben gemacht.

Der bedenkenlose Einsatz unserer technischen Möglichkeiten zur Ausplünderung der Rohstoffe auf unserem Erdball und die menschliche Bevölkerungsexplosion hat zu einer planetarischen Umweltverschmutzung und zu Veränderungen unseres Klimas geführt. Wir Menschen sind aber auf eine saubere Umwelt und gleichbleibende Klimazyklen angewiesen.

Massenvernichtungswaffen und Kriege ermöglichen es den Menschen, ganze Bevölkerungen zu vernichten und große Teile unseres Erdraumes unbewohnbar zu machen. Wir benötigen aber elementar jeden Quadratmeter Lebensraum und müssen es lernen, mit anderen Menschen und Kulturen in Frieden zu leben.

Diktaturen und Gewaltherrschaften verleiten Machtmenschen und Machtcliquen, andere Menschen mit Eroberungen, Unterwerfung und Vernichtung zu bedrohen, um ihre egoistischen Machtziele anderen aufzuerlegen und durchzusetzen.

Der internationale Terrorismus bedroht unsere Welt, ist aber im Kern nur ein Ausdruck für die Ohnmacht misshandelter und verachteter Völker. Die Demokratie ist die beste Staatsform, um Diktaturen und Angriffskriege zu verhindern, aber auch um dem internationalen Terrorismus am wirksamsten begegnen zu können, indem sie die Anliegen verachteter und misshandelter Völker ernst nimmt.

1989, nach dem Fall der Mauer und nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, hat der amerikanische Kapitalismus weltweit über seinen Erzfeind, den Kommunismus, gesiegt und glaubt damit auch bewiesen zu haben, dass jede Form des Sozialismus (nicht nur der Kommunismus) abgeschafft gehört, wobei auch die soziale Marktwirtschaft und unser Sozialstaat in Gefahr geraten sind, den Herausforderungen und Chancen der Globalisierung nicht mehr zu entsprechen (New Economy). Dabei waren unser Sozialstaat und unsere soziale Marktwirtschaft die gelingendsten Antworten auf den schrankenlosen Kapitalismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir erleben die Wiedergeburt eines erneut entfesselten Kapitalismus,

der schon im Zeitalter des europäischen Imperialismus (1880-1918 bzw. 1945) mit zwei verheerenden Weltkriegen sein vorläufiges Ende gefunden hatte und der nun erneut global agieren kann, ohne sich an nationale Schranken gebunden zu fühlen. Der herkömmliche Nationalstaat ist ohnmächtig gegenüber der wirtschaftlichen Konzentration multinationaler Konzerne und angesichts einer mit Hilfe des Internet weltweit operierenden Geld- und Kreditwirtschaft. Die Spekulation mit großen Summen und Vermögen kann ganze Nationalstaaten in die Knie zwingen.

Angesichts dieser Herausforderung und dieser Gefahr müssen wir wieder den politischen Primat gegenüber den Wirtschafts- und Finanzzwängen eines weltweit unkontrollierten Kapitalismus durchsetzen, indem wir einen demokratischen europäischen Bundesstaat gründen, der die Menschenwürde und die Menschenrechte schützt, sich zur Marktwirtschaft, zum Rechts- und Sozialstaat und zu einem Staat der Nachhaltigkeit bekennt, wie es in den Kopenhagener Essentials von 1993 festgelegt ist, aber auch bereits im Hertensteiner Programm von 1945. Nur ein geeinigtes Europa mit 500 Mio. Menschen und einem Sozialprodukt, das größer als das der Vereinigten Staaten ist, kann den Kapitalismus wieder bändigen. Mit Blick auf die anderen großen Machtblöcke unserer Erde muss unser Europa hier eine Vorreiterrolle übernehmen, am besten im Rahmen einer atlantischen Union. Das setzt voraus, dass die Vereinigten Staaten sich wieder auf ihre bewährten Verfassungsgrundsätze besinnen.

Der durch den Kapitalismus geförderte menschliche Egoismus (Ellbogengesellschaft) und ein übertriebener Individualismus (Selbstverwirklichung) muss wieder auf ein Maß reduziert werden, das der Einsicht Rechnung trägt, dass der Mensch kein Einzelgänger, sondern ein Gesellschaftswesen ist (zoon politikon nach Aristoteles) und (animal sociale nach Thomas von Aquin). Der Mensch ist also Einzel- und Gesellschaftswesen zugleich. Unsere Vorstellung von einer menschenwürdigen und durchsetzungsfähigen sozialen Demokratie setzt als Leitbild den mündigen und für seinen Staat engagierten Bürger voraus.

II. Die globalisierte Wirtschaft: Entfesselter Weltkapitalismus und Marktradikalismus oder Soziale Marktwirtschaft

Die Globalisierung in unserer Geschichte beginnt im 16. Jahrhundert mit den großen Entdeckungsfahrten der Portugiesen und Spanier, führt im 17-19. Jahrhundert zur kolonialen Aufteilung der Erde unter die großen europäischen Kolonialmächte und endet vorerst im Zeitalter des Imperialismus (1880-1914 bzw. 1945) in einem Wettlauf um die Eroberung der letzten weißen Flecken auf unserer Erde und um die Gewinnung der Hegemonie unter den großen Mächten dieses Planeten. Es geht um die Errichtung einer Weltherrschaft, wofür das englische Empire vielleicht das überzeugendste Beispiel gewesen ist. Dieser Wettlauf endet in der Katastrophe der beiden Weltkriege, der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und mit dem Ende der europäischen Vorherrschaft auf der Welt und der Teilung Europas.

An die Stelle Europas treten das kapitalistische Amerika und das kommunistische Russland, die Welt zerfällt in zwei ideologische Machtblöcke. Kommunismus und Kapitalismus ringen um die Vormacht über die Länder der sogenannten Dritten und Vierten Welt. Mit der Implosion des sowjetischen Kommunismus (1989), der Wiedervereinigung Deutschlands (1990) und der Wiedervereinigung Europas (2004) wird jetzt vielleicht zum ersten Mal eine Globalisierung möglich, die nicht nur den Interes-

sen und dem Gewinnstreben der großen Weltmächte und entwickelten Industriestaaten dient, sondern zum Vorteil und Wohl möglichst vieler Staaten unserer Erde führt. Diese Globalisierung wird in ungeahntem und kaum voraussehbarem Maße gefördert und beschleunigt durch die Entwicklung der modernen Kommunikationstechnik und Wissensvermittlung über Internet und Satellitenfunk. Kein Staat kann sich mehr gegen die Nachrichten- und Wissensvermittlung auf unserem Planeten abschirmen weder durch Mauern noch durch Diktatur. Jeder Ort der Erde ist jederzeit erreichbar von jedem anderen Punkt der Erde.

Der Gegensatz aber auch zugleich die Komplementarität von Arbeit und Kapital wird durch diese tiefgreifenden Veränderungen der Globalisierung einseitig zugunsten des Faktors Kapital entschieden, da die unbegrenzte Steuerung und Lenkung von riesigen Finanzströmen in Sekundenschnelle von einem Ort der Welt zum andern unter Mitnahme und Abschöpfung riesiger Gewinnspannen bei Währungsumtausch oder Börsengewinnen möglich wird. Dasselbe gilt auch für den Machtzuwachs bei der Lenkung und Steuerung transnationaler Konzerne. Über Ländergrenzen hinweg konzentriert sich Macht und Herrschaft in Händen der großen multinationalen Betriebe, die einzelne nationale Staaten erpressbar und abhängig machen können.

Auch der Faktor Arbeit wird erpressbar, da die Lohn- und Gehaltshöhe in den hoch entwickelten Industrieländern jederzeit von einem massenhaft und weltweit vorhandenen Lohnproletariat unterboten werden kann. Die Arbeit wird dann entweder delocalisiert, automatisiert und rationalisiert oder durch weltweite Migrantenströme von billigen Lohnarbeitern unterboten. Die Devise und Forderung von einem weltweiten Freihandel (A.Smith), der bei optimaler Arbeitsteilung ein Höchstmaß an Reichtum und Wohlstand für alle garantiert, wird hier zur Irreführung gutgläubiger Bürger. Ohne eine staatlich gesetzte und kontrollierte Rahmengesetzgebung für einen fairen Wirtschaftswettbewerb führt ein so betriebener, angeblich freier Welthandel nur zur Herausbildung und Herrschaft von Monopolen und damit zur Herrschaft der Mächtigsten (Konzerne und Staaten) über die Schwächeren (Sozialdarwinismus). Er führt auch zur Ausplünderung der Natur und ihrer Bodenschätze ohne die Beachtung eines wirksamen Umweltschutzes.

Arbeit und Kapital stehen sich nicht mehr auf gleicher Augenhöhe gegenüber, sondern der Faktor Arbeit wird zu einem Objekt der Willkür beim Profitstreben des Kapitals. Die Tarifhoheit wird untergraben, Betriebsräte und betriebliche Mitbestimmung werden eingeschränkt oder aufgehoben d.h. die Wirtschaftsdemokratie wird zum Hemmnis, das es zu beseitigen gilt.

In einer solch bedrohlichen Situation muss der Staat intervenieren, um durch seine Ordnungspolitik (wirtschaftliche Rahmensetzung) wieder das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital herzustellen. Aus unserer europäisch abendländischen Erfahrung hat sich die Soziale Marktwirtschaft eines Ludwig Erhard, wie sie sich seit 1948-89 in unserer alten Bundesrepublik entwickelt hat, besonders bewährt. Sie hat eine ungeahnte Prosperität unserer Wirtschaft garantiert und hat alle Bürger, ob Unternehmer oder Arbeiter, Angestellte oder Beamte, gleichermaßen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben lassen. Die Arbeitslosigkeit war in den 50er und 60er Jahren so gut wie nicht vorhanden. Das Ergebnis war die Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft unserer alten Bundesrepublik mit einer starken und stabilen Währung, die für Westeuropa sogar zu einer Leitwährung wurde.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt eine funktionierende Wirtschaftsdemokratie voraus, die nur ein starker unparteiischer Staat garantieren kann, der sich auf freie, mündige und sich für das öffentliche Wohl engagierende Bürger stützt. Dieses reife Bürgertum ist vorerst i.d.R. nur in den westlichen Demokratien vorhanden bzw. in den Demokratien, die vom Westen beeinflusst wurden. Da die europäischen Nationalstaaten gegenüber den globalen Herausforderungen zu klein geworden sind, kann nur die Europäische Union (EU), (gegründet 1957 von 6 Staaten durch die Verträge von Rom und heute angewachsen auf einen Staatenverbund von 27 Staaten (2007)) uns die demographische und wirtschaftliche Potenz geben, kombiniert mit unserer hohen wissenschaftlichen und technologischen Kompetenz, um dem Globalisierungsdruck erfolgreich zu widerstehen. Schrittweise und in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Machtblöcken und im wohlverstandenen Interesse aller Staaten (UNO) muss so Globalisierung von uns politisch gestaltet werden zum Wohle möglichst vieler Bürger auf unserer Erde. Am Anfang einer solchen Entwicklung könnte hier eine transatlantische Partnerschaft stehen mit den uns wesens- und werteverwandten Staaten der USA und Kanada.

Das erfordert, dass die 27 EU-Staaten sich eine Verfassung geben, die sie instand setzt international handlungsfähig zu werden. Ausgehend von den Kopenhagener Aufnahmekriterien (1993) für eine Erweiterung der Union müssen folgende Werte verbindlich bleiben: Demokratie und Rechtsstaat, Schutz der Menschenrechte und Minderheitenschutz, ein stabiles und handlungsfähiges Institutionsgefüge, eine funktionierende und wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, ein Sozialstaat und ein Staat der Nachhaltigkeit. Sie gewährleisten erst eine authentische Demokratie durch die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilhabe aller interessierten Bürger am öffentlichen Leben. Die Demokratie ermöglicht die Schaffung einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft und die Verwirklichung und Aufrechterhaltung eines erneuerten und leistungsfähigen Sozialstaates, beide aber vollenden erst eine moderne, für alle Bürger offene und damit auf das Allgemeinwohl ausgerichtete Demokratie. Nur ein auf solche Verfassungsmerkmale konstituiertes Europa kann uns diese Freiheiten und Werte garantieren.

III. Die Verwirklichung eines europäischen Bundesstaates als Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung

Ein offenes Bekenntnis zum Primat der Politik gegenüber den finanziellen und wirtschaftlichen Zwängen der Globalisierung verdeutlicht, dass nur ein demokratisch starker Staat das Allgemeinwohl für alle Bürger verwirklichen kann. Den überzogenen Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes, um Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu gewährleisten und die daraus abgeleitete Forderung nach einem Marktstaat, der ausschließlich den Gesetzen und Bedürfnissen des Marktes entspricht, lehnen wir ab. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern hat den Bedürfnissen aller Menschen möglichst optimal zu entsprechen.

Da die Nationalstaaten, in denen wir in Europa leben, sich den Zwängen der Globalisierung nicht mehr gewachsen zeigen, ergibt sich daraus nur der folgerichtige Schluss, dass die europäischen Staaten sich enger zusammenschließen müssen, um auf die Herausforderungen der Globalisierung positiv reagieren zu können. Die Gründungsväter der Verträge von Rom haben schon 1957 diese europäische Wende in ihrer nationalen Politik als eine richtige Schlussfolgerung auf das katastrophale Ergebnis der beiden letzten Weltkriege erkannt, die beide das Ergebnis eines sol-

chen Gewinn- und Machtstrebens um Weltherrschaft gewesen sind. Die bisherige Geschichte des europäischen Einigungsprozesses hat ihnen im umfassenden Sinne Recht gegeben durch den bisher andauernden Frieden in Europa und den bisher für uns alle ungeahnten Wohlstand.

Daher soll eine von möglichst vielen Bürgern – vor allem aber von uns, der Europa-Union - getragene Bewegung in Gang gesetzt werden, um zur Gründung eines europäischen Bundesstaates zu führen. Er besteht aus einem vom Volk gewähltem Parlament, das die Regierung wählt, legitimiert und kontrolliert und über volle Gesetzgebungshoheit verfügt, einer voll handlungsfähigen, aber dem Parlament verantwortlichen Regierung und einer von beiden Gewalten unabhängigen Gerichtsbarkeit. Dazu kommen eine gemeinsame Währung, der Euro, der in 12 europäischen Staaten bereits gültig ist und neben dem Dollar schon zu einer international anerkannten Reservewährung geworden ist, sowie gemeinsame Staatssymbole wie eine europäische Fahne und Hymne; es handelt sich also um einen echten Akt einer europäischen Staatsgründung.

Dieses Europa sollte von unten und nicht wie bisher von oben her gegründet werden. Dazu brauchen wir europaweite Wahlen, Plebiszite und Volksinitiativen. Eine gleichzeitig europaweit durchgeführte Volksbefragung zum europäischen Verfassungsvertrag von Lissabon, verbunden mit den Wahlen zum 6. Europäischen Parlament (2009), kann dazu ein erster Auftakt sein. Eine europaweite Verfassungs- und Europabewegung sollte in öffentlichen Manifestationen wie z.B. Treffen an Orten von europäischer Symbolkraft oder durch Demonstrationen für Europa die Regierenden zum Handeln zwingen – wenn man will, eine Art Hambacher Fest von europäischer Tragweite. Ziel dieser Bewegung bleibt ein demokratischer Bundesstaat, der sich zum Prinzip der Subsidiarität bekennt. Dieser Bundesstaat, der sich zu unveräußerlichen Menschenrechten bekennt, ist zugleich ein Rechts- und Sozialstaat und ein Staat der Nachhaltigkeit.

Stehend auf einem solchen Fundament, sind wir den Globalisierungszwängen eines entfesselten Kapitalismus und eines die Politik beherrschenden Weltmarktstaates nicht mehr hilflos ausgeliefert. Wir können zum Hoffnungsträger werden für einen humanen Staat, in dem Wirtschaft, Finanzen und Arbeit auf die Bedürfnisse der Bürger abgestimmt und nicht wie heute im weltweiten Neoliberalismus einem ungefesselten Profitstreben zum Vorteil von wenigen Mächtigen unterworfen sind.

Dieses Europa könnte in einer transatlantischen Union mit den uns wertegleichen und wesensverwandten USA und Kanada zusammenarbeiten, wobei die USA sich wieder auf ihre Grundwerte besinnen und einen klaren Trennungsstrich zu der Bush-Administration ziehen müssten. Der amerikanische Sozialstaat in der Tradition eines Wilson, Roosevelt, Eisenhower, Johnson und Bill Clinton müsste wieder gestärkt und ausgebaut werden. Gegenüber einem so gestärkten transatlantischen Wirtschaftsraum könnten dann auch auf gleicher Augenhöhe Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, China und Indien geknüpft werden, die auch die Organisation der afrikanischen Staaten und den Mercosur mit einbeziehen würde. Dabei müsste der Förderung und der Entwicklung der Länder der Dritten und Vierten Welt und den Schwellenländern besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Eine so durch friedliche Wirtschaftsbeziehungen verbundene globalisierte Welt kann nur gelingen, wenn der Friede zwischen den Völkern garantiert bleibt und jedem Volk sein eigener politischer Gestaltungswille anerkannt wird auf der Grundlage der all-

gemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und ihren Statuten. Dieser souveräne politische Wille darf daher nicht zu Kriegen und menschenrechtsverachtenden politischen Regimen führen. Der Wächter über die Beachtung dieser Grenzen kann nur die Völkergemeinschaft, die UNO, insgesamt sein, nachdem sie durch tiefgreifende Reformen die globale politische Wirklichkeit in ihrer Organisation widerspiegelt, zumal in der Zusammensetzung des Sicherheitsrates, dem Vertreter aller großen Machtblöcke der Welt angehören müssen und in dem Europa nur durch einen für uns alle gemeinsamen Repräsentanten vertreten ist. Dafür muss auch die Ausübung des Vetorechtes neu überdacht werden. Das Weltparlament, die Vollversammlung der Vereinten Nationen, sollte alle Nationen der Welt umfassen und oberster Schiedsrichter über Krieg und Frieden sein.

Das ist eine große Herausforderung an uns alle und eine große Hoffnung, auf die wir alle setzen müssen, da ein Scheitern auch ein Scheitern für uns alle bedeuten würde und ein Scheitern für unseren blauen Planeten (Globus und Globalisierung), der für uns durch nichts zu ersetzen ist. Damit gelangt Geschichte für uns an ihr finales Ziel, und damit wird Geschichte für uns alle zu der entscheidenden Bewährungsprobe.